

Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 14. 07. 2022

**Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):**Bauprojekt VKB: für Umweltprüfung → gegen Beschleunigung  
Bauplanungsverfahren gem. § 13a BauGB**Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) oder Anfrage:****Neubauprojekt der VKB auf dem Areal Deisenhofener Straße 63/Untersbergstraße**

Die Versicherungskammer Bayern plant, ihr großes, zwölfeckiges 70er Jahre Bürogebäude in der Deisenhofener Straße 63 samt Tiefgarage abzureißen und einen breiteren, höheren Neubau nebst neuer, größerer TG auf dem Grundstück unter zu bringen (siehe Quelle 3, Seite 12, Abs. 1 u. 2):

**Dreimal so viel Bürofläche wie der Altbau** soll der Neubau bekommen (Altbau 13.000 m<sup>2</sup> GF, Neubau 40.000 m<sup>2</sup> GF, s. Quelle 3, Seite 12 Abs. 2; sowie Quelle 1).

Das o. g. abrissgefährdete Bürogebäude aus den 70ern ist umgeben von einer parkähnlichen Grünfläche mit Wiesen, Büschen, Hecken und vielen großen, teilweise alten, prächtigen Bäumen. Es ist von öffentlichen Fußwegen durchzogen - eine grüne Oase mit großem Erholungswert im hochversiegelten Giesing!

Rund um dieses abrissbedrohte Gebäude stehen ca. 60 Bäume, die mit roten Punkten versehen wurden. Es kursiert einerseits das Gerücht, dass diese mit roten Punkten markierten Bäume dem Neubau der VKB u. der neuen TG weichen müssten, andererseits aber heißt es auch, die markierten Bäume könnten teilweise für baumpflegerische Maßnahmen vorgesehen sein.

Was davon stimmt nun?

Für beide Fälle aber ist in Zeiten der Klimakrise eine Umweltprüfung nötig!

Fakt ist: Es ist vorgesehen, mit diesem stark vergrößerten Neubau weitere Grünflächen und alte Baumbestände zu vernichten. Und dies in unserem sowieso schon von hoher Bebauungsdichte u. Bodenversiegelung belasteten Obergiesing!

In Zeiten des Klimanotstands ist eine intensive Überprüfung dieses Vorhabens m. E. nach unverzichtbar.

Ich stelle daher die folgenden 5 Anträge.

**Quellen:**

- 1) Von offizieller Seite: <https://stadt.muenchen.de/infos/deisenhofenerstrasse.html>
- 2) SZ Artikel 12.7.21:  
<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/obergiesing-neue-buerowelten-1.5349068>
- 3) Für genauere Informationen Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 03214:  
<https://www.muenchen-transparent.de/dokumente/6653228/datei>
- 4) Aufstellungsbeschluss v. 28.7.21 für den Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2169:  
<https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/6562119>

Antrag 1 siehe nächste Seite bzw. siehe Rückseite



Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

 ohne Gegenstimme angenommen

 mit Mehrheit angenommen

 ohne Gegenstimme abgelehnt

 mit Mehrheit abgelehnt

b.w. → zum Antrag 1

→ 1 von 2

**Betreff** (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeidebogen):

Bauprojekt VKB: für Umweltprüfung → gegen Beschleunigung  
Bauplanungsverfahren gem. § 13a BauGB

**Antrag** (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) ~~oder Anfrage~~:

**Neubauprojekt der VKB auf dem Areal Deisenhofener Straße 63 / Untersbergstraße:**

**Für eine Umweltprüfung → gegen eine Beschleunigung des Bauplanungsverfahrens gem. § 13a BauGB**

⇒

**Antrag 1**

Damit für das o. g. Bauprojekt der Versicherungskammer Bayern in Giesing eine Umweltprüfung durchgeführt wird, beantrage ich, dass das Bauplanungsverfahren weder gem. § 13 BauGB vereinfacht, noch gem. § 13a BauGB beschleunigt wird, sondern, dass es im normalen Verfahren durchgeführt wird. Das normale Verfahren stellt sicher, dass eine Umweltprüfung stattfindet, ein Umweltbericht erstellt wird, und dass die Öffentlichkeit nach § 3 BauGB frühzeitig informiert und beteiligt wird.

Weitere Stichpunkte zur Begründung:

- Beim Aufstellungsbeschluss wurde unter Punkt 2 beschlossen, dass das Referat eine mögliche Durchführung des Bauplanungsverfahrens nach § 13a BauGB prüft (Quelle: Aufstellungsbeschluss v. 28.7.21 für den Bebauungsplan, Seite 2, Punkt 2, <https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/6562119>)
- Klimakrise, vom Stadtrat im Dez. 2019 ausgerufenen Klimanotstand

Rechtl. Grundlage (bitte nicht vorlesen):

- Beschluss „Transparenz und Bürgerbeteiligung in der Stadtplanung“, Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 03747, Seite 4, letzter Absatz (Quelle: <https://risi.muenchen.de/risi/dokument/v/6760031>)
- Anspruch auf umweltbezogene Informationen gem. Art 3 Abs. 1 des Bayer. Umweltinformativgesetzes (BayUIG)
- Dringende Empfehlung der Enquete-Kommission zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern, Drucksache 17/19700 des Bayer. Landtags, 17. Wahlperiode S. 21:  
*Aus dem Prinzip der Verfahrensgerechtigkeit ist ableitbar, "dass Anspruch auf Beteiligung an Entscheidungsprozessen besteht und somit möglichst umfangreiche und qualitativ hochwertige Möglichkeiten zur Mitgestaltung und Mitentscheidung angeboten werden müssen."*

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt